Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnsberg
mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblumen" und „Der Gemeinnützige".

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und kostet vierteljährlich durch Boten oder die Post bezogen 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk.

Anzeigen werden spätestens bis 3 Uhr nachm. in Arnsberg, größere möglichst früh erbeten. Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 20 Pf., Reklamen im Textteile die Zeile 50 Pf.

Fernsprecher: Arnsberg Nr. 44, Werl Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnsberg, Soest, Lippstadt, Meschede, Brilon, Olpe, Altena, Iserlohn und Hamm.

Postscheck-Konto: Cöln Nr. 33 446.

Nr. 277. Arnsberg und Werl, Freitag den 29. November 1918. 63. Jahrgang

Telegr.-Adr.: Pöpperling.

Eine Erklärung Bethmann-Hollwegs über die Schuldfrage.

WTB **Berlin**, 27. Nov. Der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg äußerte sich gestern einem Mitgliede der Schriftleitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber zu der Veröffentlichung der bayrischen Regierung etwa wie folgt:

„Ich bin dankbar, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich zu den bayerischen Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges zu äußern. Ich habe mindestens ein ebenso großes Interesse daran, die Wahrheit festzustellen, wie die bayerische Regierung. Mir scheint aber, daß, wenn man der Wahrheit dienen will, man nicht Bruchstücke herausgreifen und aus ihnen die Gesamtfolgerungen ziehen darf, wie es, soweit ich sehe, ein Teil der Presse schon tut. Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation, noch die Vorgänge, welche sich an den Konflikt mit Serbien anschlossen.

Lassen Sie mich die entscheidenden Linien zeichnen, soweit das in diesem kurzen Gespräch ohne Zuhilfenahme von Aktenmaterial möglich ist. Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich zugestimmt haben, als es nach dem Attentat von Serajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig hielt, daß wir uns auch zur Erfüllung unserer Bündnispflichten ausdrücklich bereiterklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch Hinweise auf die Nordlandreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Oesterreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Eine gegenteilige Behauptung ist, jedenfalls soweit sie meine Person in Betracht zieht, unrichtig. Ich habe das Ultimatum, als es zu meiner Kenntnis gekommen war, als zu scharf bezeichnet. Unsere Politik trug dieser meiner Ansicht im Verlauf der Dinge vollkommen Rechnung — doch davon hernach. Zunächst über die Gründe unserer Forderung zu dem Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien." (Der Kanzler gab dann ein Bild der politischen Gesamtsituation vor dem Kriege und fuhr darauf fort:) „Wie kam es nun, daß trotz dieser Tatsachen, über die ich ja schon im Reichstage wiederholt gesprochen habe, die Schuld Deutschlands zur Ueberzeugung fast der ganzen Welt geworden ist? Auch darüber will ich meine Ansicht ganz offen aussprechen. Ich sehne ja den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshofe, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ich will jetzt nicht von der staunenswerten Propaganda sprechen, mit der unsere Gegner es verstanden haben, durch die Mischung von Wahrem und Falschem uns bei der ganzen Menschheit in Mißkredit zu bringen, sich selbst aber als den alleinigen selbstlosen Verfechter aller großen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen. Ich will vielmehr ganz offen und nüchtern von dem Teile der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltunheil trifft.

Zunächst ein kurzes Wort über Belgien. Es ist bekannt, wie die unleidliche Not- und Zwangslage, welche unseren Einmarsch in Belgien herbeiführte, uns nicht nur den Ruf von Barbaren, sondern auch den Vorwurf der am Kriege Schuldigen eintrug. Ich habe am 4. August 1914 offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Sie wissen, wie mir meine damaligen Worte später von einem großen Teile unserer öffentlichen Meinung als Verbrechen angerechnet wurden. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen und habe ihnen nichts hinzuzufügen.

Dann Elsaß-Lothringen. Unsere Gegner machen es uns zum größten Vorwurf. Präsident Wilson fordert bekanntlich in seinen vierzehn Punkten die Wiedergutmachung des Unrechtes, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt worden sei, das, wie der Präsident sich ausdrückte, den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt habe.

In den Worten des Präsidenten wird — ich darf das hervorheben — die Anerkenntnis klar ausgesprochen, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückerwerb Elsaß-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche es zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von einem gewaltigen, von uns im Jahre 1871 begangenen Unrechtes entstand, ein Gefühl, das im Jahre 1871 speziell in England und in Amerika durchaus nicht Gemeingut war. Vor allem aber müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und durch die Sünden unseres allgemeinen Gebarens zu einer kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte; Worte, die als Provokationen gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen; alldeutsche Treibereien haben uns im Auslande und im Inlande den größten Schaden zugefügt. Vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollste Gegensätze führte; dazu mannigfache Mängel in unserer inneren Politik. Erlassen Sie es mir in dieser Stunde, wo nach 4¼-jährigen heldenhaften Kämpfen unsere Truppen wehrlos dastehen, wo gewaltige innere Zuckungen den Volkskörper erbeben machen, noch weiter in eigenen Fleisch und Blut zu wühlen.

Wie ich die Verantwortung, die unsere Gegner trifft, nur in ihren großen Momenten skizziert habe, so auch unseren Teil an der Schuld. Die Weltgeschichte mag richten. Nur wer furchtlos und klar der Wahrheit in's Gesicht sieht und stehen kann, hat ein Recht auf das Leben. Frei wollen wir dastehen gegenüber der eigenen Schuld; aber wenn uns das Schicksal auch noch so hart geschlagen hat, unwahre Bekenntnisse lassen wir uns von ihm nicht abringen. Wir sind keine Pharisäer, aber wir sind auch keine Sklaven. Gerade im tiefsten Unglück behalten wir den felsenfesten Willen, auch in schwerster Zukunft mitarbeiten zu wollen an den großen Aufgaben der Menschheit, die das Weltunheil dieses Krieges mit blutigen Lettern an das Firmament geschrieben hat. Wir werden es nur können, wenn wir, frei von Schlacken der Vergangenheit, aufrichtige Männer sind und bleiben."

Die Revolution in Deutschland.

Himmelschreiend!

Wir veröffentlichten bereits die Ausführungen der „Germania" über die nach Korruption schmeckende Dinge, die in der Verwaltung einzelner LSR Platz gegriffen haben. Diese Vorkommnisse finden ihre Bestätigung in einer Anrede des Vorsitzenden des ASR. des 3. Armeekorps. Er beklagt sich in bitterem Tone darüber, daß beim Vollzugsrat die übelste Korruption eingerissen wäre. Er fordert die Oeffentlichkeit auf, sich selbst die Frage vorzulegen, ob es in der gegenwärtigen Zeit noch verteidigt werden kann, daß Mitglieder des Berliner Vollzugsrats jährlich für Aufwandsentschädigungen 20 000 Mark liquidieren. Die Boten des Abgeordnetenhauses, die für Botengänge in der Stadt bestimmt sind, haben den Titel Kurier erhalten und beziehen ein tägliches Einkommen von 50 M. Kontoristinnen erhalten 35 bis 40 M. pro Tag! Ein gewisser Herr Gebhardt hat es zuwege gebracht, seine ganze Verwandtschaft in Stellen um sich herum unterzubringen. Es finden sich unter den Angestellten jetzt sein Schwager, sein Onkel seine Tante, eine Kusine und ein Vetter. Der Vorsitzende des genannten ASR freut sich in ehrlicher Weise darüber, vielleicht auf diesen Weg den Protest des ganzen Volkes gegen eine Korruption laut werden lassen zu können.

WTB **Wilhelmshöhe**, 26. Nov. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat heute einen Aufruf an die Soldatenräte des Feldheeres gerichtet, in dem es heißt: „Das Feldheer und mit ihm das ganze deutsche Volk verlangt vor allem Frieden, Arbeit und Brot und nach der Demokratie. Wir wollen Frieden! Frieden kann nur werden, wenn der innere Frieden gesichert ist, wenn wir alles vermeiden, was zum Bruderkampfe unter uns selbst führen könnte. Darum darf es nicht sein, daß einzelne Schichten unserer Brüder für immer von den Regierungsgeschäften ausgeschaltet werden. Alle sollen ihre Stimme mit zur Geltung bringen können. Das kann nur in der alsbald unter Mitwirkung des Feldheeres einzuberufenen Nationalversammlung geschehen. Wir fordern Sozialisierung aller hierzu reifen Großbetriebe und achtstündigen Maximalarbeitstag. Dagegen muß Aufrechterhaltung der geordneten Produktion auf alle Fälle sichergestellt werden. Es kann nicht über Nacht das ganze Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt werden, weil dadurch die Produktion wie in Rußland auf lange Zeit lahmgelegt und unser Volk der Hungersnot ausgeliefert werden würde. Nur eine Regierung, die aus dem Willen des Volkes selbst hervorgeht, wird die Macht haben, alle jene Maßnahmen durchzuführen, die unsere Lebensbedingungen bessern."

WTB **Berlin**, 27. Nov. An die AS-Räte richtet der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der OHL einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Das Feldheer will Ruhe und Frieden, daher bitten wir alle ASRäte der Heimat aufs dringendste, die heimkehrenden Truppen in jeder Weise zu unterstützen. Es darf nicht zum Zwiespalt zwischen den Frontsoldaten und den Heimsräten kommen. Vereinzelt dringen Klagen zu uns, daß die ASRäte in Verkennung der Lage den zurückkehrenden Truppen Wagen, Betriebsstoffe und Geräte abnehmen und die Lösung der ungeheuer schweren Aufgabe des Rückmarsches hemmen. Noch ist es Zeit. Noch können wir Frieden, Brot und Freiheit sichern. Aber Mann für Mann muß einstehen für Vernunft und Ordnung. Nur dann kann es glücken. Nur dann!

Das Schicksal der Fürsten.

Der Kaiser soll ausgeliefert werden.

* **Genf**, 27. Nov. „Temps" meldet: Die Vorkommission zur Prüfung der Schuldfrage am Kriege in Versailles hat beschlossen, der großen Ententekonferenz den Antrag zu unterbreiten, ein Auslieferungsbegehren gegen den früheren deutschen Kaiser an die holländische Regierung zu richten.

England und Kaiser Wilhelm.

* **Amsterdam**, 27. Nov. Reuter meldet: Das Kriegskabinett hat den Anwälten der Krone Befehl gegeben, die heutige Lage des früheren deutschen Kaisers zu besprechen und Bericht zu erstatten.

Konflikt zwischen München und Berlin!

* **München**, 27. Nov. Vom Ministerium des Aeußern wurde gestern abend nachstehendes Telegramm an den bayrischen Gesandten in Berlin zur Uebermittlung an das Auswärtige Amt gesandt:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amts fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amts abzulehnen. gez. Kurt Eisner.

Gegen Liebknecht.

* **Berlin**, 27. Nov. Als Einspruch gegen das Treiben der Spartakusleute wird in den Berliner Straßen folgendes Flugblatt verteilt:

Einwohner Berlins, seid auf eurer Hut! Liebknecht will Aufruhr mit Waffengewalt. Liebknecht will Bürgerkrieg und blutigen Straßenkampf, Liebknecht will Unruhen, Bahnunterbrechung und Verkehrsnot. Wißt ihr, was das bedeutet? Keine Arbeit für den darbenden Arbeiter, noch weniger Brot für das hungernde Volk, noch weniger Kohlen für das frierende Volk, noch weniger Obdach, Verzögerung bei der Heimkehr unserer Feldgrauen. Soll das alles wahr werden? Nein! Ein paar freche Gesellen sollen uns Berliner mundtot machen? Nein! Nieder mit den Hetzern, die unsere unerfahrene Jugend betören! Weg mit Karl Liebknecht und Konsorten, welche die Erfolge der Revolution gefährden.

Luxemburgs Ersuchen an Wilson.

* **Amsterdam**, 27. Nov. Reuter meldet aus Washington: Das Großherzogtum Luxemburg hat Präsident Wilson gebeten, die Interessen Luxemburgs auf der Friedenskonferenz zu berücksichtigen. Die Mitteilung ist an den obersten Kriegsrat in Versailles weitergegeben worden.

Die deutsche demokratische Partei an den Präsidenten Wilson.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Gestern ist durch Funkspruch nachstehendes Telegramm der deutschen demokratischen Partei an den Präsidenten Wilson abgegangen:

Herr Präsident! In dieser für unser Volk unendlich schweren Zeit wenden die Vertreter und Begründer der deutschen demokratischen Partei sich an Sie, den Vertreter der großen amerikanischen Demokratie. Die deutsche demokratische Partei, der aus allen Teilen des Landes Anhänger zuströmen, bekennt sich zur Republik und will, ohne auf dem Boden der Sozialdemokratie zu stehen, die junge Freiheit gegen Reaktion und gegen bolschewistischen Terror verteidigen helfen. Zu uns gehören diejenigen, die, soweit dies bei der drückenden Zensur irgendwie möglich war, den Militarismus und die Gewaltpolitik bekämpften, und es stehen uns alle fern, die als Agitatoren des Nationalismus und der Eroberungsgier und als Anhänger des U-Bootkrieges aufgetreten sind. Wir wollen ein Deutschland und ersehnen eine Welt, in der, wie Sie, Herr Präsident, es bezeichnet haben, Herrsch- und Rachsucht, die mittelalterliche Machtauffassung und die bolschewistische Anarchie keinen Platz haben sollen. Aber wir sehen die Verpflichtung dieser Ideale schwer bedroht.

Die unerhörte Rücksichtslosigkeit, mit der besonders von französischer Seite die Ausführung der unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen betrieben wird, muß Deutschland in furchtbarste Verwirrung stürzen. Wenn im Auslande den Erklärungen der deutschen Regierung und der deutschen Waffenstillstandskommission kein Glauben geschenkt werden sollten, so bezeugen wir vor dem amerikanischen Volke die volle Wahrheit alles dessen, was über die Not Deutschlands gesagt worden ist. Aus dieser Not, aus der die Arbeitslosigkeit und der Hunger entsteht, muß die Anarchie der Straße hervorgehen, und die Anarchie kann wiederum zur militärischen Reaktion führen. Der Traum der Hetzprediger bei unseren Gegnern muß Haß auch in Deutschland erzeugen, und die Herrschaft der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der demokratischen Grundsätze wird unmöglich gemacht.

Jede Nachricht über die unsagbaren Verwüstungen, welche die heimgesuchten Länder trafen, hat unser Grauen vor dem Kriege und unsere Abneigung gegen die alten gewaltpolitischen Ideen verstärkt. Wir haben den festen Willen, uns den Völkerbund auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu errichten, aber dieses Bestreben von heute, wo die deutschen Machtpolitiker gestürzt sind, wird durch diejenigen unserer Gegner gestört, die niemals von Versöhnung etwas wissen wollten und den von uns immer bekämpften Alldeutschen geistesverwandt sind. Wir protestieren dagegen, daß die Vertreter dieses verderblichen nationalistischen Geistes über die Zukunft unseres Volkes und über die Zukunft der Welt entscheiden sollen.

Wir lieben unser an wunderbaren Eigenschaften reiches Volk in seinen Leiden noch mehr als wir es in seinem Glück liebten, und wir ersuchen Sie, Herr Präsident, nicht zu dulden, daß dieses Volk von berauschten Gegnern in unsagbares Elend gestoßen und die revolutionäre Freiheit im neuen Deutschland unter Trümmern begraben wird.

Die deutsche demokratische Partei.

Die Gewährleistung der Pressefreiheit.

WTB **Berlin**, 28. Nov. (Amtlich.) Der Rat der Volksbeauftragten hat sofort bei Uebernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet. Es ist deshalb unzulässig, daß von Arbeiter- und Soldatenräten oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Die Auslieferung des rollenden Materials.

* **Rotterdam**, 27. Nov. Nach Reuter hat Deutschland der Entente mitgeteilt, daß die laut Waffenstillstandsabkommen festgestellte Ablieferung von Lokomotiven usw. sehr schwierig geworden ist, da das rollende Material sich

Zentrumswähler schließt die Reihen!

Fordert die Nationalversammlung!